

Antirassistisch - Interkulturelles Informationszentrum ARiC Berlin e.V.
Chausseestr. 29, 10115 Berlin
Tel/Fax: 308 799-0 / 308 799-12
E-Mail: aric@aric.de
InterNet: <http://www.aric.de>

Streitpunkt: Islamunterricht an deutschen Schulen



Autorin: Kristina Gralow, Studentin der Islamwissenschaften an der Freien Universität (FU) Berlin
Redaktion: Barbara Simon, ARiC Berlin e.V.

© 2000

Streitpunkt: Islamunterricht an deutschen Schulen

Warum Islamunterricht an deutschen Schulen?

Warum eigentlich nicht?

Seit mehr als zwei Jahren ist das Urteil über die Erteilung islamischen Religionsunterrichts an Berliner Schulen in der Öffentlichkeit ein Thema. Worum geht es eigentlich in der Diskussion? Der Vorsitzende des Berliner Oberverwaltungsgerichtes, Peter von Feldmann, sagte in einem Interview mit „DIE ZEIT“ zum Urteil vom November 1998: "An unserem Gericht stand seit der Verkündung das Telefon nicht mehr still. Deutsche Eltern wollten wissen, ob ihre Kinder jetzt in den islamischen Religionsunterricht gehen müssen. Das ist natürlich Unsinn." Denn „die Einführung eines islamischen Religionsunterrichts geschieht nicht, weil wir dem Islam mehr Einfluss in Deutschland gewähren wollen, sondern weil die Muslime ein Verfassungsrecht auf Selbstgestaltung eines solchen Unterrichts haben“, so Karl-Josef Kuschel, Professor an der Katholischen Fakultät der Universität Tübingen.

In Deutschland gibt es rund 500 000 Muslime im schulpflichtigen Alter, 36 600 allein in Berlin. Islamischer Religionsunterricht war bisher allein Sache der islamischen Gemeinden und ihrer privaten Korankurse. Die Lehrinhalte unterliegen damit keiner staatlichen Kontrolle. Die Gefahr ist nicht auszuschließen, dass politisch motivierte Gruppen den Unterricht unter dem Deckmantel der Religion zur Verbreitung ihrer mitunter undemokratischen, extremistischen Ideen nutzen. Zudem fördert dieses Verfahren auch nicht die Integration der muslimischen Kinder in Deutschland.

Die rund drei Millionen Muslime in Deutschland fordern ihr Recht auf Islamunterricht an staatlichen Schulen unter folgenden Aspekten ein:

- Ein offizieller muslimischer Religionsunterricht ist ein wichtiges Mittel zur Integrationsförderung. Er würde das Gefühl der Gleichberechtigung in Deutschland bestärken. Die Beschränkung von Religionsunterricht allein auf die Moscheen und privaten Vereine begünstigt nur die weitere Ausgrenzung und Abschottung der muslimischen Gemeinschaft in Deutschland.
- Der Islamunterricht an öffentlichen Schulen könnte dazu beitragen, jungen Muslimen vielseitige Informationen über den Islam, mehr Wissen über die große Bandbreite an Glaubensrichtungen und Meinungen innerhalb dieser Religion zu vermitteln.

Wie und durch wen soll Islamunterricht erteilt werden?

In der gegenwärtigen Diskussion geht es nicht allein darum, **ob** es muslimischen Religionsunterricht geben soll, sondern vielmehr, **wer** ihn in welcher Form erteilen darf. Das ist die Kernfrage im Streit um den Islamunterricht.

In Berlin ist das Thema besonders brisant. Das „Berliner Modell“ besagt, dass Religion kein ordentliches Schulfach, die Teilnahme also freiwillig ist. Der Unterricht wird von den Kirchen, respektive den anerkannten Religionsgemeinschaften erteilt (in Berlin existieren um die hundert Religionsgemeinschaften). Mit der „Islamischen Föderation“ hatte nun ausgerechnet eine Vereinigung, die verfassungsrechtlich beobachtet wird, das Recht auf die Erteilung des Unterrichtes beantragt und mit dem Novemberurteil von 1998 auch erhalten. Dagegen klagte das Land Berlin beim Bundesverwaltungsgericht und unterlag. Mit dem Urteil vom 23.2.2000 wurde der „Islamischen Föderation“ endgültig das Recht zur Erteilung des Unterrichtes zugesprochen. Der Föderation wird nachgesagt, mit der als fundamentalistisch einzustufenden Organisation Milli Görüs sowie zu der in der Türkei verbotenen Wohlfahrtspartei in Verbindung zu stehen.

Juristisch gesehen hatte das Oberverwaltungsgericht seinerzeit nicht über die Frage zu entscheiden, ob es Islamunterricht an deutschen Schulen geben darf oder nicht. Es hatte vielmehr darüber zu befinden, ob die Islamische Föderation als Religionsgemeinschaft einzustufen ist. Denn nach dem Grundgesetz sind nur Religionsgemeinschaften zum Erteilen solchen Unterrichts berechtigt. Um juristisch als Religionsgemeinschaft zu gelten, muss eine religiöse Vereinigung bestimmte Voraussetzungen erfüllen. Nach dem Urteil des Oberverwaltungsgerichtes ist nunmehr die „Islamische Föderation“ als eine solche Religionsgemeinschaft anzusehen, die das Recht hat, Religionsunterricht an staatlichen Schulen zu erteilen.

Auch unter Muslimen umstritten

Das Urteil ist auch unter Muslimen umstritten. Zum einen wegen der genannten Verbindung zu Milli Görüs und der in der Türkei verbotenen Wohlfahrtspartei. Zum anderen wollen auch viele muslimische Eltern nicht, dass nur eine der vielen islamischen Vereinigungen in Deutschland Religionsunterricht erteilt. In Deutschland existieren zehn muslimische Dachorganisationen und zwei Spitzenverbände.

Auch von den großen türkischen Tageszeitungen wird mehrheitlich nicht befürwortet, dass die Erteilung des Islamunterrichts durch die Islamische Föderation geschehen soll. Sie befürchten den Einfluss von politisch motivierten, undemokratischen Gruppierungen auf die muslimischen Schulkinder.

Der innenpolitische Sprecher von Bündnis 90/Die Grünen, Cem Özdemir, hat sich ebenfalls gegen das Urteil zu Gunsten der Islamischen Föderation ausgesprochen. Er forderte die Herausbildung eines „deutschen Islam“. Dazu müsse die Regierung gemeinsam mit den Bundesländern ein Konzept ausarbeiten.

Marieluise Beck, Ausländerbeauftragte der Bundesregierung, vertritt die Auffassung, dass sich die Gesellschaft möglichst vielfältig auch in den Schulen abbilden müsse. Dies gelte für den Islam ebenso wie für andere Religionsgemeinschaften.

In der EU wird Islamunterricht an Schulen längst praktiziert

In Österreich beispielsweise wurde der Islam schon in den 70er Jahren als Glaubensgemeinschaft anerkannt. Seit 1982 gibt es islamischen Religionsunterricht. Allerdings ist dieser orthodox-sunnitisch organisiert. Die Sunniten repräsentieren zwar eine Mehrheit der Muslime, aber die vorgegebene Einseitigkeit des Angebots geht auf Kosten der religiösen Vielfalt und benachteiligt die Vertreter anderer Ausrichtungen des Islam.

In Belgien wird ebenfalls seit den 80er Jahren islamischer Religionsunterricht erteilt und zwar zunächst in türkischer oder arabischer Sprache und mit Lehrinhalten aus den jeweiligen Heimatländern. Das hatte den Nachteil, zu ethnischer Gruppenbildung beizutragen. Daraufhin entschied der Gesetzgeber, dass der Unterricht in einer der beiden belgischen Landessprachen erteilt wird.

In den Modellen der Niederlande und Großbritanniens steht eher der Gedanke der Interkulturalität im Mittelpunkt. In dem britischen Pflichtfach „religious education“ wird über die im Land praktizierten Religionen informiert. In den Niederlanden existieren sowohl religionskundlicher Unterricht als auch private islamische Grundschulen.

Nordrhein-Westfalen (NRW) hat zum Ende des Jahres 1999 einen ersten Schritt gewagt und in einem Modellversuch an 29 Schulen das Unterrichtsfach islamische Religionskunde eingeführt. Das geschieht in deutscher Sprache und durch in Deutschland ausgebildete Lehrer. An diesem Modell wird aber kritisiert, dass der Unterricht ohne Beteiligung muslimischer Organisationen stattfindet. Dieses Argument ist verständlich, denn niemand würde sich vorstellen wollen, dass christlicher Religionsunterricht in Deutschland ohne die evangelische oder katholische Religionsgemeinschaft erteilt wird. Das im Grundgesetz verankerte Recht auf religiöse Unterweisung für alle Glaubensrichtungen beinhaltet eindeutig, dass dieses Recht nur von Religionsgemeinschaften wahrgenommen werden kann.

An wen richtet sich der Unterricht?

Keiner kann zur Teilnahme an den Religionsstunden gezwungen werden. Die Entscheidung liegt bei den Eltern und den religionsmündigen Kindern. Dennoch treten besonders bei deutschen Eltern Ängste und Vorurteile auf. Diese Ängste und Vorurteile werden durch das Zutun von konservativen Politikern und Medien eher noch bestärkt.

Der schulpolitische (!) Sprecher der Republikaner im Landtag von Baden-Württemberg erklärte in einer Pressemitteilung, er halte den Modellversuch der Kultusministerin von NRW für einen verhängnisvollen Irrweg. Damit ermögliche man die Verfestigung dieser „menschenverachtenden und demokratiefeindlichen Religion in unserem Land“. Weiter erklärte er, die Kultusministerin solle ihre „Toleranzduselei ablegen“

Diese Formulierung spricht für sich, sind doch Demokratie und das Recht auf die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses Eckwerte des Grundgesetzes. Es verbietet außerdem, dass jemand aufgrund seines Glaubens und seiner religiösen Weltanschauung benachteiligt werden darf. Wie sollen sich muslimische Kinder und Jugendliche in einem Land gleichberechtigt und integriert fühlen, wenn Gesetze und Behörden sie anders behandeln als beispielsweise ihre christlichen Mitschüler?

Die Diskussion um den Islamunterricht wird benutzt, um weiter Berührungängste mit dem Islam zu schüren. Vorurteile und Ablehnung werden genährt, statt Akzeptanz anderer Auffassungen und Lebensweisen zu fördern.



Zum Thema Islamunterricht an deutschen Schulen haben wir im Mai und Juni 2000 auch einige Vertreter muslimischer Vereine bzw. Gemeinden in Berlin befragt. Die Interviews folgen hier in gekürzter Fassung. Die Resultate der Befragung können jedoch nicht als repräsentativ für sämtliche hier tätige muslimische Einrichtungen gelten.

Gespräch mit Sayed Ahmad Chaudhry, Imam der „Berliner Moschee – die Muslimische Mission“, Sitz der Anjuman Lahore in Berlin

ARiC: Könnten Sie bitte die Moschee und Ihre Bewegung vorstellen.

Chaudhry: Wir sind eine Gruppe der Ahmadiyya-Bewegung, die „Ahmadiyya Lahore“. Die Moschee wurde erbaut, weil unsere Vorfahren in Berlin den wahren Islam zeigen wollten. Sie meinten, dass die Menschen im Westen vieles über den Islam missverstanden hatten. Sie wollten die schönen Seiten des Islam vermitteln. Das tun wir hier nun seit 75 Jahren. Früher kamen vor allem viele indische und pakistanische Botschaftsangehörige hierher. Jetzt aber kommen diejenigen zu uns - und zwar aus aller Welt -, die nicht politisch motiviert und offen sind. (...) Wir glauben an den Koran und versuchen, eine korrekte religiöse Bildung zu vermitteln. Oft kommen türkische Jugendliche hierher, die merkwürdige Ideen über den Islam haben... Wir vermitteln ihnen Toleranz und zeigen ihnen anhand von Koranversen, dass der Islam Toleranz lehrt und dass es keinen Zwang in der Religion gibt. Deshalb haben wir hier keine Unterdrückung gegenüber Frauen oder irgend jemanden. (...) Einige fanatische Muslime meinen, sie könnten sich nicht behaupten, ohne zu kämpfen. Wenn sie eine richtige religiöse Bildung erhalten würden, dann wären sie freundlichere Menschen. Die türkischen Jungen, die herkommen, mögen andere Muslime nur deshalb nicht, weil sie ihre eigene Religion falsch verstehen. Daher ist richtige Bildung für Muslime sehr wichtig, nur so können sie friedlich werden. Wissenschaftliche, weltliche und religiöse Bildung ist eines der hauptsächlichen Anliegen der Ahmadiyya.

ARiC: Wie genau sieht ihr religiöse Unterweisung aus?

Chaudhry: Unser größtes Problem ist ein finanzielles. Wir haben kein Geld, um Lehrer einzustellen. Ich bin momentan der einzige Lehrer. Wenn zum Beispiel Schulklassen oder Kirchengruppen zu uns kommen, dann gebe ich Vorträge über den Islam. Anschließend gibt es dann Gelegenheit für Fragen. (...) Auch den muslimischen Kindern muss religiöse Unterweisung gegeben werden, weil sie oft von ihrer Religion, ihrer eigenen Kultur und ihrem Hintergrund nichts wissen. Wenn sie aber darüber unterrichtet werden, haben sie ein Gefühl der Zugehörigkeit zum Islam und auch zur Gesellschaft. Sie sollten eine einheitliche Bildung bekommen, die auf dem Koran basiert. Eine korrekte islamische Bildung ist harte Arbeit. Daher sollen die Lehrer und Professoren viele Bücher lesen, und sie sollten Konferenzen und Seminare abhalten. Wenn hier Konferenzen oder Seminare abgehalten werden, sitzen sich die Menschen gegenüber, und jeder hat das Recht zu sprechen. Es gibt keine Vorschriften darüber, was gesagt werden darf und was nicht. Wir haben sogar Gebete mit Muslimen und Buddhisten zusammen vorgenommen. Und wir haben auch christliche Totenmessen abgehalten. Wir müssen liberal sein. Und wir müssen gegenseitiges Verständnis für unsere Religionen entwickeln. Das macht uns zu friedlichen Menschen. (...)

ARiC: Kürzlich hat die Islamische Föderation das Recht auf islamischen Unterricht an Schulen erhalten, was bisher Sache der privaten Koranschulen und Moscheen war. Was halten sie davon?

Chaudhry: Ich will zunächst ein Beispiel geben, wie in Pakistan religiöse Bildung erteilt wird. Im Islam gibt es ungefähr 72 Sekten. Jede meint, dass ihre Bildung und ihre Ideen besser als die der anderen wären. Daher wurden in Pakistan von Gelehrten Bücher und Lehrpläne erstellt, die für alle annehmbar waren. (...) Wenn hier nur eine Gruppe das Recht auf Unterricht erhält, werden die anderen Gruppen darüber nicht glücklich sein. Ich schlage vor, dass die Regierung mit Professoren und Lehrern einen Lehrplan erstellt, der auf dem Koran basiert, dem eigenen nationalen Interesse entspricht und der für jeden Muslim akzeptabel ist.

ARiC: Wie sollte man mit den Sorgen deutscher Eltern umgehen, die nun einen Einfluss des Islam in den staatlichen Schulen fürchten?

Chaudhry: Ich gebe Ihnen ein Beispiel von mir. Es kommt vor, dass ein arabischer junger Mann zu mir kommt, der mit einem deutschen Mädchen verheiratet ist. Die Familie des Mädchens akzeptiert den jungen Mann nicht, weil er Muslim ist. Ich fordere ihn dann auf, die Familie des Mädchens zu mir zu bringen. Dann zeige ich ihnen die positiven Seiten des Islam in der Bibel und im Koran. Wenn sie dann sehen, dass Islam nicht so ist, wie sie es gedacht haben, dann sind sie erleichtert und beruhigt. Genauso ist es mit den deutschen Eltern hinsichtlich des Islamunterrichts. Wenn sie sehen, dass die muslimischen Schulen eine gute islamische Bildung geben, wird sie das beruhigen. Daher ist es auch im Interesse der Deutschen, dass der Unterricht auf der Basis des Korans und nicht nur von einer religiösen Gruppe oder Nationalität gegeben wird. Der Unterricht darf nicht auf der Basis von spezifischen Traditionen geschehen. Manche meinen, muslimisch zu sein heißt, ein Kopftuch zu tragen.

Aber es gibt viel wesentlichere Dinge im Islam, wie gegenseitige Liebe und Toleranz, Ehrlichkeit oder ähnliches. Von Juristen und Lehrkräften sollte also gesichert werden, dass der Unterricht gemäß dem Koran und nicht gemäß kultureller und nationaler Traditionen gegeben wird.

ARiC: Denken sie, dass es auch für nicht-muslimische Kinder möglich sein sollte, Unterweisung über den Islam zu erhalten, auch wenn sie selbst einem anderen Glauben angehören?

Chaudhry: Das ist nicht nur möglich, sondern sogar sehr wichtig. Ich gebe Ihnen noch ein Beispiel von uns hier. Ich sage zu meinen Schülern: 'Lest so viele Bücher, wie es gibt in der Welt und seht euch alle Kulturen und Länder an, dann werdet ihr offen und tolerant. Wenn deutsche Kinder den islamischen Unterricht besuchen, werden sie selbst mehr verstehen und toleranter werden. Kinder sollten ermutigt werden, auch anderen religiösen Unterricht zu besuchen. Das wird ihren Verstand und ihr Verständnis wachsen lassen.'

ARiC: Wo und wie sollten die Lehrer ausgebildet werden?

Chaudhry: Die Lehrer könnten jeglicher Religion angehören. Wenn sie den Islam unterrichten, sollten sie allerdings selbst keine Vorurteile haben. Engstirnige Muslime wären da ungeeigneter als aufgeschlossene Muslime. Jeder, der Unterricht anbietet, sollte aufrichtig, aufgeschlossen sein und jeder Religion und Kultur Toleranz entgegenbringen. Dann gäbe es Harmonie in der gesamten Menschheit. Ich selbst wäre sehr glücklich, wenn ich die Möglichkeit hätte, solchen Unterricht zu geben.

ARiC: Viele Muslime in Deutschland scheinen einen solchen Unterricht für nötig und erstrebenswert zu halten?

Chaudhry: Die Bedeutung von Bildung ist für sämtliche Muslime gleich. Tatsächlich aber gibt es unter den verschiedenen Nationalitäten und Richtungen unterschiedliche Schulen mit unterschiedlichen Auffassungen über Bildung. Daraus entsteht keine homogene Gesellschaft. In vielen Ländern kommt es zu Bürgerkriegen, weil verschiedene Gruppen verschiedene Ideen vertreten. Dabei gibt der Islam nur einen Lebensweg vor, und der basiert auf Liebe und Toleranz. Wenn alle Kinder eine einheitliche Bildung bekommen, ist das besser für unsere Gesellschaft. Deshalb betone ich nochmals, dass ein Konzept erstellt werden sollte, für welches man möglichst viele Menschen nach Vorschlägen und Kritikpunkten befragen sollte. Wenn ein Konsens hergestellt wird, dann kann der Unterricht in Zukunft ohne Vorurteile, ohne Hass und Auseinandersetzungen durchgeführt werden. (...)

ARiC: Glauben Sie, dass angesichts der Kontroverse über den islamischen Unterricht ein Kompromiss zu finden ist, der tatsächlich alle zufrieden stellen kann?

Chaudhry: Ich persönlich meine, dass in den islamischen Ländern etwas sehr Wichtiges versäumt wird, was jedoch hier in der Berliner Moschee geschieht: Dass wir Leute aus verschiedenen Kulturen und Lebenswegen zusammenbringen, um sich auszutauschen und zu erklären, was die gegenseitigen Vorbehalte sind. Für gewöhnlich bleiben muslimische Gruppen unter sich und behalten ihre Ideen für sich, bekämpfen sich gegenseitig. Anstatt sich gegenseitig anzugreifen, sollten sich Muslime zusammensetzen - vielleicht in Gegenwart deutscher Gelehrter - und über die wesentlichen Dinge diskutieren. Das sollte auf wissenschaftlicher Ebene geschehen. (...) Bevor wir nicht zusammensitzen, können wir uns nicht einigen. Ich bin sehr dafür, dass muslimische Gelehrte sich untereinander und auch mit Christen darüber austauschen, worauf es in einem solchen Unterricht im wesentlichen ankommen sollte. Alle würden davon profitieren. Ich weiß, dass die Deutschen gerne forschen und lernen. Wir halten die Berliner für aufgeschlossene und nach Bildung strebende Menschen. Das ist der Grund, warum wir die Ahmadiyya-Moschee ausgerechnet in Berlin errichtet haben. Man muss hier in Deutschland eine gute Basis miteinander finden, so dass alle friedlich zusammen leben können.

Anmerkung der Autorin:

Die Ahmadiyya-Bewegung stellt eine der zahlreichen islamischen Sekten dar. Wie alle Muslime glauben sie an die Existenz eines einzigen Gottes, an den Koran und die Sunna des Propheten. Zwar erkennen auch sie Muhammad als den letzten der Propheten an, jedoch glauben sie, Gott würde „unter den Muslimen von Zeit zu Zeit Menschen berufen, die als Mujaddids (Beleber der Religion) bezeichnet werden“. Diese sollen den „Herausforderungen und Zweifeln des neuen Zeitalters begegnen“ (zitiert aus einer Broschüre der Ahmadiyya Lahore.) Wegen ihrer Vorstellungen über den Islam und nicht zuletzt wegen ihrer sehr liberalen und toleranten

Ideen werden die Ahmadiyya von manchen muslimischen Gruppen kritisiert bzw. nicht anerkannt. Die Bewegung betont die Toleranz und die Friedfertigkeit des Islams sowie die Notwendigkeit, sich den Anforderungen der modernen Zeit gegenüber offen und anpassungsfähig zu erweisen. Deshalb ist man auch muslimischen Besuchern und Neugierigen gegenüber offen.

Die Moschee in der Briener Straße ist die älteste Moschee in Berlin und dazu eine der wenigen Moscheen mit Minarett. Besucher sind jederzeit herzlich willkommen.

Bei weiteren Fragen wendet man sich an Imam **Chaudhry**, Tel. : (030) 87 35 703

Gespräch mit Mohammed Herzog, Vorsitzender des Vereins „Islamische Gemeinschaft deutschsprachiger Muslime & Freunde des Islam Berlin e.V.“

ARiC: Herr Herzog, würden Sie sich und den Verein bitte vorstellen.

Herzog: Wir von der islamischen Gemeinschaft sind 1979 gegründet worden und sind einer der ältesten Vereine hier in Berlin. Ich bin seit zirka 20 Jahren der Vorsitzende der Gemeinschaft. Wir sind keine Moschee, sondern mehr ein islamisches Zentrum, in das jeder kommen kann, Muslime und Nicht-Muslime. Wir sind stark interessiert am Dialog mit den anderen Religionen.

ARiC: Zu ihrem Angebot gehört auch religiöse Bildung?

Herzog: Richtig, wir geben hier fast täglich Koranunterricht für Kinder und Erwachsene. Auch unsere Vorträge sind religiös und richten sich nach dem Koran und der Sunna des Propheten. Unsere Aufgabe ist auch, nach draußen den Islam zu verbreiten. Das heißt, dass wir Info-Tische haben, bei Straßenfesten teilnehmen und einen Tag der offenen Moschee anbieten am Columbiadamm, wo ich fast täglich Führungen für Schulklassen und Projektgruppen mache.

ARiC: Vertreten Sie dabei eine bestimmte Ausrichtung des Islam?

Herzog: Wir legen keinen sehr großen Wert darauf zu sagen, so und so ist unsere Richtung. Unser Koranunterricht beispielsweise ist ganz anders als in den Moscheen. Hier müssen die Kinder erst die arabischen Buchstaben schreiben, dann lernen sie, wie man Sätze schreibt. Vielleicht nach einem dreiviertel Jahr fangen wir an mit dem Koran. Das heißt, sie lernen nicht die Suren des Koran auswendig, sondern sie müssen sie lesen und schreiben können.

ARiC: Also ist es so, dass ihr Unterricht im Prinzip jedem offen steht, Angehörigen sämtlicher Richtungen und Nicht-Muslimen?

Herzog: Richtig, bei den Erwachsenen zumindest. Die Kinder sind zwar alle Muslime, aber aus welcher Richtung oder welchem Land sie kommen, das ist für uns 'wurscht', auf Deutsch gesagt. Das spielt hier keine Rolle.

ARiC: Die Islamische Föderation hat nun das Recht erhalten, an öffentlichen Schulen zu unterrichten. Was meinen sie zu diesem Urteil und generell zur Debatte um den Islamunterricht an öffentlichen Schulen?

Herzog: Ich begrüße dieses Urteil und dass jetzt endlich die Islamische Föderation (IF), die seit circa 18-19 Jahren dafür kämpft, die Anerkennung für ihre Arbeit und das Recht auf diesen Unterricht bekommen hat.

Als dieses Urteil verkündet wurde, sind auch wir, die muslimischen Gemeinden zunächst auf die Barrikaden gegangen. Man sagte, es geht nicht, dass allein die IF das Recht auf Unterricht bekommt, wegen ihrer Nähe zu Milli Görüs. Ein Teil ist Milli Görüs, das sehe ich auch so. Aber warum wir uns alle aufregen, verstehe ich nicht, denn sie sind die einzige Gemeinschaft in Berlin gewesen, die immer für einen Unterricht gekämpft und einen Antrag gestellt hat. Dann ist es doch ganz logisch, dass sie das Recht bekommt, zumindest hier in Berlin den Unterricht zu erteilen. Was mich nur daran stört, ist, dass sie jetzt dastehen und nicht wissen, wie man das machen soll. Wir und andere islamische Einrichtungen legen großen Wert darauf, dass der Unterricht in deutscher Sprache stattfindet. Die Lehrpläne müssen deutsch sein, so dass sie die zuständige Schulbehörde kontrollieren kann. Wir müssen in Deutschland einen Lehrstuhl einrichten, wo die Lehrer ausgebildet werden. Bis dahin kann es noch einige Jahre dauern.

ARiC: Nach diesem Urteil gibt es bei vielen deutschen Eltern und Schülern Sorgen und Ängste. Inwieweit sollte man denn Ihrer Meinung nach überhaupt deutsche oder nichtmuslimische Kinder in den Unterricht einbeziehen, und was würden sie den deutschen Eltern sagen, um ihnen vielleicht ihre Ängste zu nehmen?

Herzog: Wenn es ein rein islamischer Unterricht als Lehrfach ist, richtet der sich auch nur an muslimische Kinder. Ist es aber ein Fach wie z.B. Lebenskunde, ist es für jedes Kind offen. Dann darf der Unterricht aber nicht nur islamisch sein. Soviel wie ich gehört habe, will aber die Islamische Föderation einen rein islamischen Unterricht machen.

ARiC: Dennoch, wie würden Sie auf Deutsche zugehen, die nun mal Berührungsängste haben und eher ablehnend gegenüber dem Islam eingestellt sind?

Herzog: Also, ich mache Projektarbeit an Schulen seit ca. 15 Jahren, ich habe da noch nie gesehen, dass die Schüler oder Eltern Angst haben. Es kommen sehr viele Schulklassen zu Projekttagen, an denen sie eine Einführung über Islam erhalten. Ich sehe nirgendwo Ängste.

ARiC: Wenn man sie so hört, bekommt man fast den Eindruck, dass es in Deutschland kein Problem gibt zwischen Deutschen und Muslimen. Ist die Situation wirklich ganz so rosig, wie Sie sie schildern?

Herzog: Wissen Sie, wenn ich einige türkische oder arabische Gemeinden sehe, da gibt es viele, die sagen: 'Wir wollen mit denen, die keine Muslime sind, nichts zu tun haben!'. Wir tun das nicht. Wir wollen, dass die Bevölkerung hier in Berlin weiß, was Islam ist, und dass der Islam nicht gefährlich ist. Bei meinen Führungen durch die Moschee und über den islamischen Friedhof höre ich dann immer von den Leuten: 'Ich hab' noch nie eine Moschee gesehen, ich wusste gar nicht, dass ich da reingehen darf, und so schlecht ist ja der Islam gar nicht!'. Es gibt aber auch bei Diskussionen viele Ängste wegen der Sachen, die man über den Islam in Zeitungen und Fernsehen mitbekommt. (...)

ARiC: Was halten sie vom Umgang der Medien in Deutschland mit dem Thema Islam?

Herzog: Vor einigen Tagen hat die Bild-Zeitung hier angerufen und gesagt: 'Wir möchten gern Koranzitate, wo drinsteht entweder 'Ihr sollt Gewalt ausüben oder keine Gewalt ausüben'. Und ich habe einen Vers gefunden, wo wir Muslime aufgefordert werden, keine Gewalt anzuwenden. Das haben sie auch gedruckt, auch dass ich gegen die Dinge bin, die auf den Philippinen geschehen. Aber das ist sehr selten. Wir müssen Aufklärungsarbeit aber nicht nur unter Deutschen machen, sondern auch innerhalb unserer islamischen Gemeinde. Ich kenne Moscheen, in denen aufgerufen wird zur Gewalt. Aber das ist eine ganz kleine Minderheit. Wenn aber so was an die Öffentlichkeit kommt, meinen viele, alle Muslime wären so. Aber ich gebe zu, dass es auch radikale Muslime gibt, auch weltweit. Diese Minderheit hat es geschafft, dass wir in den Zeitungen mit Gewalt in Verbindung gebracht werden. Leider ist es so.

ARiC: Zurück zum Unterricht. Wird es in der Zukunft überhaupt möglich sein, dass sich sämtliche Vertreter zusammensetzen und ein gemeinsames Konzept finden?

Herzog: Ja. Beim evangelischen und katholischen Unterricht ist man sich ja auch einig geworden. Da könnte es auch heißen, ja wo sind denn da die Freikirche, die Heilsarmee oder die Baptisten? Da gibt es wie im Islam mehrere Richtungen. In Deutschland gibt es zwei muslimische Dachorganisationen. Denen sollte man die Befugnisse geben. Es gibt aber zum Beispiel bei den Aleviten die Meinung, es sollte gar keinen Islamunterricht geben. Deswegen meine ich, der Unterricht sollte eher wie das Fach Lebenskunde gestaltet sein, dann gäbe es mit den verschiedenen Ausrichtungen keine Probleme.

ARiC: Warum ist dieser Unterricht für Muslime überhaupt so wichtig und wünschenswert?

Herzog: Ich finde es sehr wichtig. Unsere muslimischen Kinder haben keine religiöse Unterweisung außer dem Koranunterricht an Moscheen. Sie wissen nichts über ihre Religion. Dann muss man sich nicht wundern, wenn die Jugendlichen radikal oder kriminell werden. Unsere Moscheen sind seit drei, vier Jahren mehr denn je von Jugendlichen besucht, weil sie in der heutigen Zeit nichts finden, was sie als Vorbild sehen können.

ARiC: Kann sich der Unterricht positiv auf das Selbstbewusstsein muslimischer Kinder und Jugendlicher in Deutschland auswirken? Würden sie sich tatsächlich gleichberechtigter und integrierter fühlen?

Herzog: Ich finde ja. Es ist sehr wichtig, dass das geschieht, und das kann nur geschehen, wenn die muslimischen Kinder eine Aufklärung bekommen über die Religion und nicht nur über den Islam. So, dass sie zum Beispiel auch lernen, dass andersgläubige genauso gläubige Menschen sind.

Es kommen viele deutsche Schulklassen, die sich eine Moschee ansehen wollen. Ich sehe selten, dass unsere Koranschüler mit dem Imam in eine Kirche gehen und sich das mal ansehen. Auch das sollte passieren.

Anmerkung der Autorin:

Der Berliner Verein deutschsprachiger Muslime hat es sich nach eigenen Angaben zur Aufgabe gemacht, den Islam in seiner "Umgebung bekannt zu machen, um Vorurteile und Missverständnisse abzubauen". Man will Ansprechpartner sein für alle, die sich aus erster Hand informieren wollen. So heißt es in der Infobroschüre des Vereins: "Laden Sie sich ganz zwanglos bei uns ein, wenn es Sie interessiert, wie Muslime leben und denken. "

Wer das also tun möchte, meldet sich einfach bei Herrn Mohammed **Herzog** unter folgender Telefonnummer: (030) 788 48 83

Gespräch mit Herrn Dogan, Vorstandsmitglied des Kulturzentrums der Anatolischen Aleviten e.V.

ARiC: Als Reaktion auf das Urteil zu Gunsten der Islamischen Föderation hat das Kulturzentrum der Anatolischen Aleviten nun auch das Recht auf Religionsunterricht beantragt. Wie kommt es, dass die Alevitischen Gemeinden auf das Urteil so besorgt und überrascht reagieren?

Dogan: Wir waren schon immer dagegen, dass die Kinder in der Schule Religionsunterricht erhalten. Wir Aleviten sind auch in der Türkei dagegen. Wir wollen nicht, dass der Staat so etwas finanziert. Glaube muss eine freie, persönliche Angelegenheit sein. Die Islamische Föderation bekommt Gelder vom Staat und von islamischen Ländern. Wir wollen nicht, dass unsere Kinder in der Schule von radikalen Moslem-Gruppen etwas über den Islam lernen. Das ist absolut falsch und gefährlich und kann auch später in Deutschland Probleme bringen. Diese Gruppen sagen zwar offiziell, wir sind Moslems und ganz tolerante Menschen, aber das entspricht nicht dem wirklichen Hintergrund. Wir stellen unseren Kindern im Prinzip frei, ob sie in solchen Unterricht gehen wollen oder nicht, aber wir fürchten, dass sie von anderen Mitschülern unter Druck gesetzt werden, wenn sie es nicht tun. Nachdem jetzt diese Entscheidung zum Erteilen des Unterrichts gefällt wurde, haben wir gesagt, dass dann auch wir dieses Recht möchten.

ARiC: Warum halten sie diesen Unterricht für so gefährlich? Kann es nicht auch ein Vorteil sein, wenn der Unterricht öffentlich stattfindet und dadurch doch eher staatlicher Kontrolle unterliegt?

Dogan: Aber der Lehrer ist das Problem. Die Lehrer kommen nicht von Staat. Wir haben gesagt, dass die Lehrer hier an deutschen Universitäten studieren sollen, dann können sie auch unsere Kinder in Religion unterweisen. Das wäre für uns in Ordnung, aber Lehrern von radikalen Gruppen können wir nicht vertrauen.

ARiC: Was halten sie generell von religiöser Unterweisung? Inwieweit spielt das für Aleviten eine Rolle?

Dogan: Da muss ich bei der Türkei anfangen. In der Türkei gibt es keinerlei offiziellen alevitischen Religionsunterricht, denn das ist gesetzlich verboten. Allerdings behandelt die Regierung die Aleviten mittlerweile mit Milde, weil sie im Vergleich zu vielen islamischen Gruppen sehr friedlich sind. Deswegen wird offiziell nichts gegen uns unternommen. Ich selbst habe drei Kinder, die alle hier in Deutschland zur Schule gehen. Für sie wollte ich weder muslimischen noch christlichen Religionsunterricht. Lieber habe ich sie zu Zeichen - oder Bastelkursen geschickt. Wie gesagt, jetzt fürchte ich Druck auf die alevitischen Kinder von muslimischen Mitschülern. In unserer Heimat wurde dadurch vieles falsch gemacht, und jetzt machen sie hier die gleichen Fehler.

ARiC: Möchten sie denn ihren Kindern nicht auch etwas über das Alevitentum vermitteln?

Dogan: Das wird von den Generationen übertragen. Was ich vom Islam weiß, habe ich von meiner Mutter und meinem Vater.

ARiC: Der Verein der Anatolischen Aleviten hat nun ebenfalls das Recht auf religiösen Unterricht beantragt. Wie soll Ihr Unterricht dann aussehen?

Dogan: Unser Verein ist Mitglied der Alevitischen Föderation in Köln, und die organisieren alles für uns. Wir werden ein Unterrichtsbuch bekommen, das in der Türkei erstellt wird. Der Plan ist in Arbeit.

Anmerkungen der Autorin:

Das Kulturzentrum Anatolischer Aleviten besteht seit 1974. Nach eigenen Angaben leben rund 600 000 Aleviten in Deutschland. Das Alevitentum unterscheidet sich in vielen Punkten - wie beispielsweise in den religiösen Praktiken und den (äußerst liberalen) religiösen Auffassungen - vom orthodoxen Islam. Die Vermittlung der alevitischen Weltanschauung und vor allem die Integration von Migrant*innen hat sich der Verein zum Ziel gesetzt.

Kulturzentrum Anatolischer Aleviten e.V., Waldemarstraße 20, Tel. : (030) 61 65 83 94

Gespräch mit Burhan Kesici, Pressesprecher der Islamischen Föderation

ARiC: Nachdem der Islamischen Föderation durch ein Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes das Recht auf Erteilung des Islamunterrichts zuerkannt wurde, heißt es, dass es Unklarheiten bezüglich der praktischen Umsetzung gebe, zum Beispiel bei der Unterrichtssprache oder den Lehrkräften.

Kesici: Bei der Umsetzung gibt es keinerlei Probleme. Wir haben die schon 1980 erstellten Rahmenpläne neu überarbeitet und vor ca. anderthalb Monaten dem Senat eingereicht. Die Unterrichtssprache war von Anfang an Deutsch, und darüber haben wir auch nie diskutiert. Es gab Diskussionen in der breiten Öffentlichkeit, ob die Unterrichtssprache Türkisch oder Deutsch sein soll, aber daran haben wir uns nie beteiligt.

ARiC: Sind die Lehrbücher bereits erstellt?

Kesici: Wir haben Unterrichtsmaterialien, die wir austeilen werden. Diese werden von uns derzeit zusammengestellt. Sie gibt es demnächst vielleicht auch als Buch. **ARiC:** Wann genau wird es losgehen?

Kesici: Wir werden ab September unterrichten.

ARiC: Wer werden die Lehrkräfte sein?

Kesici: Die Lehrer kommen aus Deutschland. Sie werden eine Lehrausbildung haben, zum Beispiel in Islamwissenschaften oder Pädagogik, Erziehungswissenschaften.

ARiC: Sie haben seit langem sehr stark für dieses Recht gekämpft, obwohl es an privaten Institutionen auch bisher möglich war, islamischen Unterricht zu erhalten. Warum soll er unbedingt auch an staatlichen Schulen stattfinden?

Kesici: Das ist auf den Wunsch der Elternschaft zurückzuführen, die damit 1980 an die Islamische Föderation herangetreten ist. Das ist zum einen darin begründet, dass Schule gerade der Ort ist, wo Bildung vermittelt wird, und wir sind der Meinung, dass der Religionsunterricht auch dahin passt. Außerdem findet da auch schon christlicher und jüdischer Religionsunterricht statt, da fehlt nur noch der islamische Unterricht. Dazu ist die Schule der Ort, an dem sich die Kinder lange aufhalten, und wir haben dann die Möglichkeit, der Sache einen pädagogischen Rahmen zu geben. Wenn man den Unterricht an den Schulen entsprechend gestaltet, gibt man auch den Kindern die Möglichkeit zum Beispiel mit Mitschülern darüber zu reden.

ARiC: Inwieweit sieht die Islamische Föderation sich selbst als einen repräsentativen Vertreter für Muslime in Deutschland an?

Kesici: Das maßen wir uns nicht an, wir haben immer gesagt, dass wir nur diejenigen vertreten, die auch bei uns Mitglieder sind. So ist es auch beim Religionsunterricht, es kann jeder teilnehmen, der teilnehmen möchte.

ARiC: Inwieweit sind sie interessiert daran, Auffassung anderer Muslime zu berücksichtigen und einzubeziehen?

Kesici: Wir haben schon immer gesagt, dass wir offen sind für Zusammenarbeit. Wir haben auch vor dem Urteil von 1998 islamische Verbände aufgefordert, mit uns zusammenzuarbeiten. Diesem Aufruf sind relativ viele Gemeinden gefolgt, die dann auch den Rahmenplan mitgestaltet haben, so dass wir letztendlich recht viele Strömungen berücksichtigt haben.

ARiC: Bei Ihrem Unterricht soll es sich um einen bekennenden Unterricht handeln. Für wen wird der Unterricht letztendlich offen stehen.

Kesici: Es handelt sich um einen bekennenden Unterricht, aber auch der steht allen Schülern offen.

ARiC: Welche Auffassung vom Islam möchten Sie vermitteln?

Kesici: Wir werden Koran und Sunna als Grundlage für einen Konsens nehmen. Jeder, der sich davon repräsentiert fühlt und diese als Grundlage akzeptiert, kann sich auch als von uns vertreten fühlen. Es kann schon sein, dass da noch unterschiedliche Meinungen vorhanden sind. Mit diesen muss man leben.

ARiC: Auf diese Grundlage stützen sich die meisten muslimischen Gruppen. Wie genau sollen aber ihre Lehrinhalte aussehen? Werden die Kinder auch über Gruppierungen wie das Schiitentum oder das Alevitentum informiert?

Kesici: Unsere Lehrinhalte werden so aussehen, dass wir zum Beispiel über Glaubensinhalte reden, über die Säulen des Islam oder religiöse Praktiken, Inhalte der verschiedenen islamischen Rechtsschulen und auch über verschiedene Strömungen. Und wenn man dann beispielsweise Koranverse liest und bespricht, wird es da keine Unterschiede geben. Da auch Kinder verschiedener Ausrichtungen von Anfang an dabei sein werden, wird man damit konfrontiert werden und damit umgehen müssen.

ARiC: Für das Urteil, das sie zum Unterricht berechtigt, gab es auch von muslimischer Seite Kritik. Verschiedene türkische und muslimische Vereine Berlins haben sich zum Beispiel in einer gemeinsamen Resolution gegen dieses Urteil ausgesprochen. In der Resolution heißt es, die Islamische Föderation sei eine „islamitische, politische Organisation“, und man wolle nicht, dass diese „parteiische Organisation“ den Unterricht erteilt. Viele fürchten, dass in diesem Unterricht einseitige, wenn nicht gar radikale Positionen vermittelt werden, die nicht die Mehrheit der Muslime in Deutschland repräsentieren.

Kesici: Diese Vorwürfe sind nicht neu, tauchen immer wieder auf. Was die Repräsentanz anbelangt - selbstverständlich vertreten wir nicht alle Muslime. Es gibt ja auch viele Menschen, die sagen, sie sind Christen und gehen nicht in die Kirche. Somit vertritt auch die Kirche nur einen relativ kleinen Anteil der Gläubigen. Wir haben ungefähr 60-70 Prozent der organisierten Muslime - das heißt der Moscheegemeinden- hinter uns. Wir haben in einer Aktion vor einigen Jahren mehr als 27.000 Unterschriften für den Religionsunterricht gesammelt. Wenn sie zum Beispiel von einer Minderheit sprechen, kann ich nur sagen, stellen Sie sich doch bitte mal vor unsere Moscheegemeinden und zählen die, die rein -und rausgehen, und dann vergleichen Sie die Zahlen mit den Gemeinden, die solche Behauptungen aufstellen. Dann werden Sie feststellen, dass wir sehr stark sind.

ARiC: Manche deutsche Eltern fürchten eine mögliche Einflussnahme seitens einer Gruppe, die als radikal und undemokratisch gilt.

Kesici: Wenn wir wirklich solche Absichten hegen würden, die man uns unterstellt, hätten wir an Schulen nichts zu suchen. Keine Organisation, die solche Bestrebungen hat, würde an die Schulen gehen, einfach aus dem Grund, dass man in der Schule der Schulaufsicht unterstellt ist, dass man bestimmte Normen erfüllen muss, dass man sich kontrollieren lassen muss. Wir sagen, gerade dadurch, dass wir an die öffentlichen Schulen gehen, wird der Religionsunterricht transparenter. Ansonsten würde man in den Moscheen bleiben und wäre damit viel unkontrollierter.

ARiC: Können sie sich vorstellen, dass auch deutsche Kinder den Unterricht besuchen?

Kesici: Selbstverständlich. Man kann sich über die Religionen anderer informieren und ist dann in der Lage, darüber zu diskutieren, und man versteht vielleicht auch die Haltung der anderen etwas besser.

ARiC: Gilt das umgekehrt für die muslimischen Kinder genau so?

Kesici: Selbstverständlich. Der Dialog wird bei uns eine wichtige Rolle spielen. Wir betrachten auch Judentum und Christentum als von Gott offenbarte Religionen, das heißt, sie sind Bestandteil des Islam. Deshalb wird die Auseinandersetzung damit eine wichtige Rolle spielen.

ARiC: Die Meinungen über die Konsequenzen des Unterrichts sind geteilt. Einerseits erhofft man sich einen positiven Einfluss auf das Selbstbewusstsein muslimischer Kinder und ihre Gleichberechtigung und Integration in Deutschland. Andererseits gibt es auch die Befürchtung, dass beispielsweise auf Kinder Druck gemacht wird, die nicht diesen Unterricht besuchen wollen, dass so gegenseitige Toleranz erschwert wird.

Kesici: Das entspricht nicht der Wahrheit. Vorhin wurde das Beispiel der Koranschulen angesprochen, und dort treten solche Konflikte ja auch nicht auf, warum sollte das an den Schulen dann anders sein. Wenn man an den Schulen Religion lehrt, wird das eher dazu führen, dass man mehr über Religion erfährt und dass man auch das Toleranzgebot der Religionen mitbekommt. Deswegen gehen wir davon aus, dass das Verhältnis von Muslimen und Nichtmuslimen in Zukunft besser sein wird.



Wer soll welchen islamischen Unterricht erteilen?

- Nach dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts -

Auszug aus TBB-Spiegel Nr. 7/2000

Abdruck mit freundlicher Genehmigung des Türkischen Bundes in Berlin-Brandenburg

... Das Grundproblem: Der Islam kennt keine Organisationsstrukturen wie die Kirchen, deshalb sind alle vorhandenen Organisationen letztlich „künstliche“ Gebilde, die einen politischen Hintergrund haben. Unabhängig davon, auf welcher rechtlichen Grundlage Religion an der Berliner Schule stattfindet, stellt sich immer wieder die Frage nach islamischen Religions-Gemeinschaften. Anstatt verbissen nach entsprechenden Organisationen zu suchen, sollte Artikel 7 Absatz 3 Grundgesetz dahingehend ergänzt werden, dass bei Religionen wie dem Islam anstelle von Religionsgemeinschaften andere Ansprechpartner wie z.B. wissenschaftliche Institutionen berücksichtigt werden. Ein dieser Problematik entsprechender Änderungsvorschlag war nach der Vereinigung in der Reformkommission des Bundestages leider verworfen worden.

Eine mögliche Alternative: Nach dem Urteil des Oberverwaltungsgerichts hat der TBB der damaligen Schulsenatorin, Ingrid Stahmer, gemeinsam mit elf anderen Organisationen einen Vorschlag unterbreitet und sich dabei an einem Beschluss der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaften aus dem Jahr 1986 orientiert.

Islamkunde und Ethik

Die Senatsverwaltung für Schule, Jugend und Sport soll im Rahmen eines Schulversuchs ein freiwilliges bekenntnisfreies Regelfach „Islamkunde und Ethik“ anbieten. Diese Fach muss, von einem zeitgemäßen Verständnis des Islam ausgehend, die Geschichte und Entwicklung des Islams, ihre unterschiedliche Strömungen und Interpretationen und die Verpflichtungen von Muslimen behandeln. Ferner müssen Informationen über andere Religionen vermittelt werden.

- 1) Damit alle Kinder muslimischen Glaubens daran teilnehmen können und als Beitrag zur Integration, muss die Unterrichtssprache Deutsch sein.
- 2) Zur Ausarbeitung der Lehrpläne muss die Senatsschulverwaltung eine Kommission einsetzen, die sich aus qualifizierten, laizistisch orientierten, modernen Islamwissenschaftlern und Lehrkräften aus der Bundesrepublik Deutschland und dem Ausland zusammensetzt.
- 3) Obwohl die Senatsschulverwaltung letztlich entscheidet, sollten relevante Organisationen in Berlin in den Entscheidungsprozeß einbezogen und ihre Vorschläge im Rahmen der Möglichkeiten berücksichtigt werden. Danach sind die Schulbücher zu erstellen.
- 4) „Islamkunde und Ethik“ ist von den Lehrkräften, die das Land Berlin einstellt, zu unterrichten.

Hier ist dreistufig zu verfahren:

- a) Die zur Zeit im Schuldienst befindlichen Lehrkräfte mit islamischen Sozialisationshintergrund (z.B. Lehrkräfte aus der Türkei) können nach einer Fortbildung den Unterricht erteilen.
- b) Bei Bedarf sind Lehrkräfte aus dem Ausland einzustellen; es darf aber kein Rotationsprinzip geben.
- c) Im Rahmen der Lehrerausbildung an den Berliner Hochschulen müssen Lehrkräfte für „Islamkunde und Ethik“ ausgebildet werden.

Dieser Vorschlag ist u.E. entgegen den Einwendungen einiger Kreise verfassungskonform und bedarf keiner Gesetzesänderung. Er ist aber insofern keine „vollwertige“ Alternative, als dass es sich hier um einen informativen Unterricht handelt und nicht um einen bekennenden Religionsunterricht. Er würde aber dem Bedürfnis der Mehrzahl der Eltern, dass ihre Kinder über ihre Religion informiert werden, Rechnung tragen.

Änderung der Berliner Rechtslage: Der von Schulsenator Böger (SPD) unternommene Vorstoß, in Berlin den Religionsunterricht als Wahlpflichtfach einzuführen, hat durch das Urteil des BVerwG weitere Aktualität erhalten. Der Türkische Bund Berlin hat aus seiner Aufgabendefinition heraus eine neutrale Position in dieser Frage. Allerdings hätte ein Wahlpflichtfach Religion in Kontext des Islam drei Vorteile:

- 1) Die Religionsgemeinschaften wären nicht mehr alleinige Träger des Unterrichts.
- 2) Der Unterricht unterläge der Schulaufsicht.
- 3) Da das Bundesverwaltungsgericht ausdrücklich eine Beurteilung nach Bundesrecht abgelehnt und die IFB auf Grundlage Berliner Landesrechts als Religionsgemeinschaft anerkannt hat, könnte diese Frage - auch verwaltungsgerichtlich - neu aufgerollt werden, mit der Folge, nunmehr die politischen Zusammenhänge der Islamischen Föderation zu durchleuchten.

Es muss schnell gehandelt werden: Es ist zu befürchten, dass sich nunmehr auch andere Organisationen mit politischem Hintergrund auf Artikel 23 Berliner Schulgesetz berufen und als Religionsgemeinschaft anbieten werden. (...)

Der Schulsenator ist aufgefordert, die Arbeiten an einem Schulversuch „Islamkunde und Ethik“ wieder aufzunehmen und dieses Fach zu Beginn des Schuljahres 2000/2001 anzubieten. Allerdings ist es zur Gewährleistung der Akzeptanz dieses Faches bei den Betroffenen unabdingbar, diese gut vorzubereiten, d.h. unter anderem:

- (1) Ein Curriculum, das die verschiedenen Strömungen im Islam gleichwertig darstellt und auf ihre gegenseitigen Empfindlichkeiten Rücksicht nimmt,
- (2) die Einbeziehung von Experten aus dem Islamischen Raum,
- (3) die entsprechende Auswahl und Fortbildung der Lehrkräfte.

Es ist nicht verantwortbar, bis zu einer Entscheidung darüber, ob Religion in Berlin weiterhin gemäß Artikel 23 Berliner Schulgesetz angeboten oder ein Wahlpflichtfach eingeführt wird, zu warten.

Nachtrag:

Die Islamische Föderation wird vorerst keinen Religionsunterricht erteilen. Die Schulverwaltung hat die von der Föderation vorgelegten Rahmenpläne mittlerweile zum zweiten Mal nicht genehmigt. Zur Begründung wies die pädagogische Referentin von Schulsenator Klaus Böger (SPD), Angelika Hüfner, auf „pädagogische und inhaltliche Unzulänglichkeiten“ hin, die nach wie vor bestehen würden. So würde beispielsweise Gleichstellung der Geschlechter in den Rahmenplänen nicht hinreichend berücksichtigt. Während der Senat den Islamunterricht verzögert, arbeitet die SPD-Fraktion an einem Gesetzentwurf, um die Islamische Föderation ganz aus den Schulen fern zu halten.

Die Islamische Föderation lässt sich ihrerseits juristisch beraten und schließt eine erneute Klage nicht aus.

Nach einem Eilverfahren lehrt die Islamische Föderation seit September 2001 an zwei Berliner Grundschulen den Koran. Das Verwaltungsgericht Berlin sprach im Oktober 2001 der Berliner Schulbehörde das Recht ab, in die inhaltlichen Konzepte des Islamunterrichts der Islamische Föderation einzugreifen.